

Die SPD führt eine intensive und wichtige Diskussion, ob und unter welchen Voraussetzungen sie sich an einer neuen Bundesregierung beteiligt. Diese Diskussion führt sie nicht nur mit sich selbst, sondern auch stellvertretend für unsere Gesellschaft. Und alle Beiträge zu dieser Diskussion verdienen Respekt, niemand in der SPD macht sich die Entscheidung leicht.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Aufrufs sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in Bund und Ländern aktiv sind. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass unsere Partei nach Abwägung aller Argumente selbstbewusst in Verhandlungen über eine Große Koalition eintreten sollte. Daher rufen wir die Delegierten des bevorstehenden Bundesparteitags auf, die Chance auf solche Verhandlungen zu eröffnen. Über die Bildung einer Koalition sollen die Mitglieder im Lichte der Verhandlungsergebnisse entscheiden können:

Aus Verantwortung für Deutschland und Europa – und die SPD

Die SPD steht vor der wichtigen Entscheidung, ob sie in eine neue Koalition mit CDU und CSU eintritt. Der entscheidende Maßstab ist für uns, ob wir gemessen an unseren Werten und Zielen konkrete Verbesserungen durchsetzen können. Die SPD hat gerade in ihrem zentralen Kompetenzfeld der sozialen Gerechtigkeit Einiges erreichen können.

- In der Arbeitsmarktpolitik hat das Fördern wieder Vorrang gegenüber dem Fordern. Wir werden Beschäftigte und Arbeitslose besser qualifizieren und einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose schaffen.
- Die Wiederherstellung der Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung ist ein Gebot der Gerechtigkeit und nützt vielen Bürgerinnen und Bürgern ganz konkret.
- Die Solidarische Grundrente wird nun endlich kommen. Die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent setzt eine Haltelinie mit Wirkung über das Jahr 2025 hinaus.
- Mit der Änderung des Grundgesetzes schaffen wir die Voraussetzung für eine Investitionsoffensive für Schulen und bessere Bildung.
- Und nicht zuletzt haben wir die Chance, einen echten Richtungswechsel in der Europäischen Union einzuleiten. Weg von der einseitigen Sparpolitik hin zu mehr Wachstum, gemeinsamer sozialer Sicherung und einem Europa der Solidarität.

Dies alles wäre weder in einer Minderheitsregierung unter der Führung der Union und schon gar nicht in einer Jamaika-Koalition möglich. Als politische Partei ist es unsere Aufgabe, Alternativen gegeneinander abzuwägen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns ein klares Profil, aber vor allem konkrete politische Verbesserungen.

Gleichwohl haben wir größere Ambitionen, die über diese Legislaturperiode hinausgehen. Wir wollen beispielsweise mehr erreichen in Richtung sicherer und gut bezahlter Arbeit, mehr Steuergerechtigkeit, mehr Zukunftsinvestitionen und ein Ende der Ungleichbehandlung von privat und gesetzlich Krankenversicherten. Die anstehenden Koalitionsverhandlungen sollten genutzt werden, die bisherigen Vereinbarungen zu präzisieren und – wo immer möglich – weitere Ziele durchzusetzen.

Doch die SPD hat bei der Wahl nur 20,5 Prozent der Stimmen erlangt. Sie wird viele ihrer Ziele nur dann umsetzen können, wenn sie wieder mindestens 30 Prozent der Stimmen hat und möglichst auch die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag stellt. Das muss unser Anspruch bei der nächsten Bundestagswahl 2021 sein. Das geht nicht von selbst – und nicht von heute auf morgen.

Auch in Regierungsverantwortung muss die SPD als eigenständige Partei erkennbar sein. Das Ziel der Erneuerung bedeutet vor allem, unser Profil in zentralen Themenfeldern wie der Gestaltung der digitalen Arbeitswelt, der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit, der Zukunft des Sozialstaates zu schärfen und kampagnenfähig zu werden. Die SPD braucht ein Projekt 2030. Daran zu arbeiten steht nicht in Widerspruch zu einer Regierungsbeteiligung. Im Gegenteil: Neues Vertrauen erwächst aus Selbstbewusstsein und konkretem Handeln in Verantwortung für die Menschen in Deutschland und Europa.

Niels Annen, MdB, Hamburg, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender; **Sören Bartol**, MdB, Hessen; **Mike Bischoff**, MdL, Brandenburg, Vorsitzender der Landtagsfraktion; **Björn Böhning**, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender; **Martin Dulig**, MdL, Sachsen, Landesvorsitzender; Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr; **Dr. Andreas Dressel**, MdHB, Hamburg, Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion; **Andreas Geisel**, Berlin, stellv. Landesvorsitzender; Senator für Inneres und Sport; **Albrecht Gerber**, Brandenburg, Minister für Wirtschaft und Energie; **Klara Geywitz**, MdL, Brandenburg; **Dr. Eva Högl**, MdB, Berlin; **Oliver Kaczmarek**, MdB, Nordrhein-Westfalen; **Thomas Kralinski**, Brandenburg, Staatssekretär; **Dr. Melanie Leonhard**, Hamburg, stellv. Landesvorsitzende; Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration; **Benjamin Mikfeld**, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender; **Siemtje Möller**, MdB, Niedersachsen; **Dr. Martina Münch**, MdL, Brandenburg, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur; **Matthias Platzeck**, Brandenburg, Ministerpräsident a.D.; **Achim Post**, MdB, Nordrhein-Westfalen; **Heike Raab**, Rheinland-Pfalz, Staatssekretärin; **Michael Roth**, MdB, Hessen; **Dagmar Schmidt**, MdB, Hessen; **Wolfgang Schmidt**, Hamburg, Staatsrat; **Carsten Schneider**, MdB, Thüringen, 1. Parl. Geschäftsführer; **Wolfgang Thierse**, Berlin, Bundestagspräsident a.D.